

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: International Herald Tribune - Zeit der Unentschlossenheit; The Financial Times - "Social Contract" und seine Erfüllung; De Telegraaf - Wahlen in Großbritannien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) : Blick in die Weltpresse: International Herald Tribune - Zeit der Unentschlossenheit; The Financial Times - "Social Contract" und seine Erfüllung; De Telegraaf - Wahlen in Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 3, pp. 151-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134659>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

INTERNATIONAL
Herald Tribune
Published with The New York Times and The Washington Post

Zeit der Unentschlossenheit

Paris, 4. 3. 1974: Die britischen Wahlen mit ihrem unsicheren Ergebnis . . . bieten nur das schlagendste Beispiel für eine globale Unsicherheit. Daß der Weltwirtschaft große Veränderungen drohen, ist ganz offensichtlich. Ob aber die Politiker oder Parteien wissen, wie sie damit fertig werden sollen, ist so wenig klar, daß einige Aspekte des britischen Dilemmas unter jeder Regierung zu finden sind. In der Tat ein geschichtlicher Augenblick allgemeiner Unentschlossenheit!

Gewiß bestehen ausgeprägte Unterschiede, wie sich diese Unsicherheit manifestiert. In den USA scheint es sich hierbei um den Status Richard M. Nixons . . . und die damit verbundenen Probleme zu handeln . . . Andererseits gibt es die Staaten, deren Regierungen von Wahlen unabhängig sind. Die Sowjetunion mag sich ganz einfach noch undurchsichtiger als gewöhnlich geben, aber gerade das weist auf einen Mangel an Sicherheit im Kreml hin. China führt komplizierte Manöver durch, die sich angeblich nur gegen Konfuzius und Lin Piao richten – warum befaßt man sich aber mit den Fehlern der Toten, wenn die Lebenden sich so vielen verwirrenden Entscheidungen gegenübergestellt sehen?

Nur wenige energische Stimmen sind heutzutage zu vernehmen, und gewöhnlich befassen diese sich mit ideologischen und nationalistischen Belanglosigkeiten, treffen aber auch in jedem Falle auf eine ebenso geharnischte Opposition. Dogmatiker mögen zwar den Mond anbellern oder sogar ihre Feinde zerfleischen, sie verstummen aber, wenn es ans Bezahlen geht, wenn die komplizierte Wechselwirkung ökonomischer Kräfte überall in der Welt unter Reibungsverlusten und Überhitzungserscheinungen zusammenzubrechen droht.

THE FINANCIAL TIMES

„Social Contract“ und seine Erfüllung

London, 5. 3. 1974: Mr. Harold Wilson kehrt unter Bedingungen in das Amt zurück, unter denen sich nationale und parteipolitische Ziele decken. So-

wohl die Labour-Partei als auch die Volkswirtschaft stehen vor einer Bewährungsprobe, und jedermann weiß das: Mr. Wilson kann nur ein Ziel verfolgen – die Wirtschaft wieder in Richtung Gleichgewicht und Stabilität zu steuern und damit zu beweisen, daß die Labour-Partei eine bessere Unterstützung verdient, als sie durch die Wahlen erhalten hat. Er muß sowohl daheim als auch international überzeugend wirken.

Der „social contract“, den Mr. Wilson nach seiner Behauptung mit den Gewerkschaften erzielt hat, ist recht vage und hat die Wähler nicht überzeugt. Jetzt wird er einem sofortigen Test unterworfen. Eine Einigung mit den Bergarbeitern ist nur eine Frage von Tagen, und sie wird offensichtlich großzügig ausfallen. Falls die Bergleute darauf verzichteten, auch den letzten ihnen erreichbaren Pfennig herauszuquetschen, so wäre das zwar förderlich, aber nicht unbedingt notwendig. Lebenswichtig aber ist, daß die anderen Gewerkschaften zustimmen, das als einen isolierten Sonderfall zu behandeln, wie sie es taten, als TUC mit Mr. Heath verhandelte.

Die Vertragsverpflichtungen der Regierung – Zurückhaltung bei Mieten und Preisen, vermutlich eine bessere Altersversorgung und ein dementsprechender Staatshaushalt – müssen deshalb eine hohe Priorität genießen. Das übrige Parteiprogramm ist jedoch problematisch . . . Die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens und des nationalen Selbstvertrauens kann jedoch nicht allein einer Minderheitsregierung überlassen bleiben. Die jetzige Situation ist auch eine Herausforderung an die Oppositionsparteien, eine vernünftige Regierungspolitik für die Überwindung des nationalen Notstandes zu unterstützen.

De Telegraaf

Wahlen in Großbritannien

Amsterdam, 4. 3. 1974: Europa hat jetzt die Pflicht, der britischen Nation beizustehen. Daß man auf dem Kontinent jedoch zögern wird, ist gewiß und leicht zu verstehen. Niemand wird großen Eifer zeigen, einer so schwachen Regierung, wie sie aus den Wahlen hervorging, Zugeständnisse zu machen, besonders da man in Bälde Neuwahlen erwartet . . . Die Macht der Gemeinschaft wird aber von der Stärke ihres schwächsten Mitgliedes bestimmt. Die Partner auf dem Kontinent können deshalb nicht umhin, schleunigst zu überlegen, wie sie England in seiner dringendsten Not helfen können.